

Aufgefallen ...

Wenn einer wegen Schulden sein Heim verkaufen muss, ist das eine Tragödie, die sich meist unbeachtet von der Öffentlichkeit abspielt. Ganz anders läuft es bei der Markgrafen-Familie. Da genügt die Andeutung, dass sie ihren Familiensitz nicht mehr halten kann und die Öffentlichkeit ist alarmiert. Und das ist sehr im Interesse von Prinz Bernhard, der froh wäre, wenn ihm das Land bei der Lösung der markgräflichen Finanzprobleme baldmöglichst unter die Arme greifen würde. Beim Sitz der markgräflichen Familie handelt es sich ja nicht um irgendein Reihnhaus, sondern um eine ehemalige Klosteranlage von gewaltigen Ausmaßen, deren Erhalt ohne Ende Geld kostet. Das historische Ensemble im Privatbesitz lockt jährlich rund 130 000 Besucher an – gehört also doch irgendwie der Öffentlichkeit.

Das könnte sich ändern, wenn Prinz Bernhard seine Drohung wahr macht und Salem veräußert. Das Neue Schloss in Baden-Baden ist ein Mahnmal: Das Renaissance-Gebäude wurde von der finanziell klammen markgräflichen Familie zum Jahreswechsel

In der Pflicht

2003/04 an eine kuwaitische Geschäftsfrau verkauft. Die Hoffnungen, die Prinz Bernhard damals äußerte – dass das Neue Schloss bald „der Öffentlichkeit im Rahmen einer Hotelnutzung zugänglich ist“ – erwiesen sich zumindest bislang als trügerisch. Die Pläne, das Möchtegern-Schlosshotel durch zusätzliche Luxusbauten im Park rentabel zu machen, scheiterte am Denkmalschutz.

Und der Denkmalschutz wird auch ein wichtiges Wort mitreden, wenn es um die Zukunft von Salem geht. Prinz Bernhard kann sich viele Nutzungen vorstellen – Wohnungen, Hotels, ein Kongresszentrum. Doch Investoren, die Geld verdienen wollen, dürften sich kaum um ein Baudenkmal reißen, bei dem schon der Einbau von Toilettenanlagen Probleme bereiten könnte. Disneyland wird in Salem ganz sicher nicht einziehen. Trotzdem – oder gerade deshalb – wird das Land nicht umhinkommen, eine Lösung für Salem zu finden. Nicht, weil es den Nachkommen des einstigen Herrscherhauses verpflichtet ist, sondern weil die ehemalige Klosteranlage das Zeugnis einer reichen Vergangenheit ist, auf das die Menschen in Baden-Württemberg Anspruch haben. Dass diese Lösung nicht mit dem Verkauf von Kunstschätzen finanziert werden darf, die ebenfalls zum kulturellen Erbe dieses Landes gehören, sollte dabei selbstverständlich sein.

Annette Borchardt-Wenzel